

PRESSEINFORMATION VOM 2. MÄRZ 2021

Diskussion ohne Denkverbote

Sechs Landtagskandidaten reden bei den kirchlichen Bildungswerken über Bildungsgerechtigkeit

Sechs Landtagskandidaten aus dem Landkreis Esslingen wurden vom Evangelischen Bildungswerk und der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) zur Videokonferenz versammelt. In knapp zwei Stunden zeigten sich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten, was die Bildungspolitik angeht. Die Moderation hatte Sibylle Thelen, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, übernommen.

Warum hat Nicolas Fink (SPD) nicht Politikwissenschaft studiert, sondern die höhere Beamtenlaufbahn eingeschlagen? Weil man dabei schon während dem Studium Geld verdient. Dass Geld beziehungsweise fehlendes Geld ein Knackpunkt vieler Bildungsbiografien ist, diese Erkenntnis zog sich quer durchs Parteienspektrum. Sie reichte von Klaus-Dieter Vogel (AfD), der „die Gefahr sieht, dass die Herkunft sehr entscheidend ist“, bis zu Martin Auerbach (Die Linke), der forderte, dass die Lernmittelfreiheit auch für digitale Geräte gilt. Beim Thema digitale Geräte hakte im Chat auch eine Zuschauerin nach: Viele Familien trauten sich nicht, ein Gerät anzufordern, weil es ihnen peinlich sei, deshalb sei es doch besser, die Geräte einfach zu verteilen. Insgesamt wurde die Diskussion von gut 50 Teilnehmenden verfolgt.

Was muss aus Sicht der Landtagskandidaten passieren, um für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen? Andrea Lindlohr (Bündnis 90 /Die Grünen) wünscht sich noch vor Ostern Lernstandserkundungen: „Wir müssen sehen, wo die einzelnen Schüler stehen und sie individuell fördern, und das nicht erst in den Sommerferien.“ Das neu geschaffene Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) solle digitale Lerninhalte erstellen, „damit die Lehrer nicht alles selbst schaffen müssen“. Für Dr. Natalie Pfau-Weller (CDU) „hat Corona wie in einem Brennglas die Probleme gezeigt“. Es brauche schnellstmöglich wieder Präsenzunterricht und es sei nicht nur mit den Geräten getan. Es gelte die Schulsozialarbeit zu stärken: „Wie können wir die Kinder fördern?“ Ein schlimmes Thema sei die häusliche Gewalt: „Das kann der Lehrer nicht auf dem Bildschirm sehen.“ Nicolas Fink erinnerte an das SPD-Konzept des „krisenfestes Klassenzimmers“ vom Mai 2020. Er kritisierte das einseitige Handeln: „Man kennt nur Vollgas oder Vollbremsung.“ Präsenzveranstaltungen seien nicht nur eins zu eins online zu übertragen: „Warum nicht mal Inhalte von einem YouTuber vermitteln lassen?“

Dr. Ferdinand Kiesel (FDP) will die Medienkompetenz von Schülern fördern. Sie müssten lernen, vertrauenswürdige Inhalte zu unterscheiden. Ein technikaffiner Lehrer, der sich um alles kümmere, reiche nicht. Jede Schule brauche einen „Digitalisierungshausmeister“, dass müsse kein Lehrer sein. Durch sinkende Verdienste werde der Zweite Bildungsweg immer schwerer, bedauerte Klaus-Dieter Vogel.

Ein Zuhörer kritisierte im Chat, dass in der Diskussion die kleinen Parteien fehlten. Man habe sich nach gründlicher Überlegung auf die Parteien beschränkt, die derzeit im Landtag vertreten seien oder wie die Linke eine konkrete Aussicht auf den möglichen Einzug hätten, erläuterte der KEB-Leiter Emanuel Gebauer.

Wo ist kurzfristig Abhilfe nötig? Für Andrea Lindlohr fehlt Infrastruktur an den Schulgebäuden, etwa WLAN-Spots. „Lehrer müssen nach Hause fahren, weil dort das Netz besser ist.“ Dass es eine bessere Kommunikation zwischen Kultusministerium und Schulen braucht, sahen sowohl sie als auch Natalie Pfau-Weller so.

Unterschiede gab es beim Blick auf die Gemeinschaftsschule: Martin Auerbach lobte sie, auch in Esslingen, die FDP will laut Moderatorin lieber zum zergliederten Schulwesen und zur verbindlichen Grundschulempfehlung zurück. Ferdinand Kiesel plädierte aber auch für mehr Schulsozialarbeit und inklusiven Unterricht. Da widersprach Klaus-Dieter Vogel und wandte sich „gegen Inklusion um jeden Preis“. Auch er ist für die verbindliche Grundschulempfehlung, sieht aber die Gefahr „dass der Beruf des Vaters mehr zählt als die Leistung des Schülers“. Nicolas Fink forderte an Schulen und Kitas mehr Multiprofessionalität, also das Zusammenwirken verschiedener Berufe. Im Schulsystem herrsche viel Druck, der abgebaut werden müsse. Die Leitungen bräuchten mehr Freistellung, bei der EDV könne man mit Studierenden kooperieren. „Da darf es keine Denkverbote geben.“ Für Natalie Pfau-Weller ist der Klassenteiler in manchen Klassen zu hoch. Bei der Multiprofessionalität stimmte sie Nicolas Fink voll zu: „Dass sich Ergotherapeut, Logotherapeut und Musiklehrerin in der Grundschule als Team sehen, haben wir noch nicht geschafft.“

In einer weiteren Runde ging es um Demokratiebildung. Mehrere Kandidaten beschrieben die Schule als „sozialen Raum“, in dem sich Toleranz lernen lasse. Finks Forderung nach der „Landtagswahl ab 16 Jahren“ schlossen sich Auerbach und Lindlohr sofort an. Auerbach mahnte, deutlich zu sagen, welche Demokratie gemeint sei. Eines sei klar: „Nicht nach chinesischem Vorbild.“

Etwa 4900 Anschläge, ein Screenshot anbei (Quelle: keb).